

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Anja Hajduk, Anna Lührmann, Alexander Bonde, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Christine Scheel, Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6409, 16/6423 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans  
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

**hier: Einzelplan 09**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

Für die Jahre 2005, 2006 und 2007 wurden und werden mehr als 711 Mio. Euro zuviel an Subventionen für die Deutsche Steinkohle gezahlt, die aufgrund gestiegener Weltmarktpreise zurückerstattet bzw. gekürzt werden müssten. Dies teilt sich wie folgt auf:

1. Die Ruhrkohle AG zahlt die zuviel erhaltenen Subventionen aus den Jahren 2005 und 2006 in Höhe von mindestens 479 Mio. Euro zurück. Zur Etatisierung dieser Einnahme wird im Einzelplan 09 Kapitel 09 02 ein neuer Titel geschaffen.
2. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kürzt die Zuschüsse zur Deutschen Steinkohle des Jahres 2007 im Haushaltsjahr 2008 um 232 Mio. Euro.

Berlin, den 27. November 2007

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Die Liste der größten Finanzhilfen wird immer noch von ökologisch schädlichen Subventionen angeführt. Die Steinkohle ist hier die unangefochtene Nummer eins. Allein im Jahr 2008 will der Bund aus Steuergeldern 1,9 Mrd. Euro als Zu-

schuss zur Steinkohle beisteuern. Das ist ökologisch schädlich, fiskalisch falsch, ökonomisch fragwürdig und wettbewerbsverzerrend.

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich im Jahr 2004 auf ein Gesamtkonzept bei der Steinkohlesubvention geeinigt. Darin ist u. a. festgelegt worden, dass der Bund bei steigenden Weltmarktpreisen von Steinkohle entsprechend weniger Subventionen in Form von Absatzbeihilfe zahlen muss. Obwohl der Weltmarktpreis seit einigen Jahren deutlich steigt, wurde die RAG noch nicht umfassend in die Pflicht genommen.

Da der Weltmarktpreis in den vergangenen Jahren mit über 60 Euro/Tonne deutlich über dem festgesetzten Drittlandkohlepreis von 40 Euro/Tonne lag, muss die RAG AG die zuviel erhaltenen Subventionen zurückzahlen: Für 2005 360,8 Mio. Euro und für 2006 118,2 Mio. Euro. Bei einem durchschnittlichen Erlös von 63,08 Euro/Tonne Steinkohle im ersten Halbjahr 2007 liegt der Kapungsbetrag bei mindestens 300 Mio. Euro. Das ergibt für den Bund (77,4 Prozent) eine Kürzung der Zuschüsse um 232,2 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2008.

Im Kohlekompromiss vom Februar 2007 hat sich die Koalition aus CDU, CSU und SPD auf eine Abkehr von dieser Regelung verständigt und auf 711 Mio. Euro Steuergelder ohne Not verzichtet. Damit ist auch klar, dass der Kohlekompromiss große Nachteile für den Bundeshaushalt enthält. Daher fordern wir einen sozialverträglichen Komplettausstieg aus der subventionierten Kohleförderung bereits im Jahr 2012. Damit könnten in den nächsten Jahren bis zu 8,4 Mrd. Euro an Subventionen allein des Bundes eingespart werden. Diese Gelder braucht die Bundesregierung dringend, um zukunftsfähige Arbeitsplätze in den Bereichen Zukunftsenergien, Klimaschutz und Bildung und Forschung zu schaffen.